



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 21, No. 1/2006

**abgeschlossen am
1. Februar 2006**

	<u>Seite</u>
1. Senat bestätigt Nominierung von Samuel Alito für den <i>Supreme Court</i>	1
2. Sanktionen im Atomstreit mit dem Iran verlangt	2
3. Debatte um Neufassung der Verhaltensrichtlinien für Mitglieder des Congress	3
4. Tom DeLay verzichtet auf Rückkehr in die Fraktionsführung	4
5. Verlängerung des <i>Patriot Act</i> festgefahren	5
6. Senatoren unterstreichen erneut Folterverbot	6
7. Scharfe parteipolitische Polarisierung: Bilanz der 1. Sitzungsperiode des 109. Congress	7
8. Zwang zur parteipolitischen Profilierung: Ausblick auf die 2. Sitzungsperiode	10

1. Senat bestätigt Nominierung von Samuel Alito für den *Supreme Court*

Der Senat hat am 31. Januar 2006 die Ernennung des von Präsident George W. Bush als Nachfolger für die ausscheidende Verfassungsrichterin Sandra Day O'Connor vorgeschlagenen Bundesrichters Samuel A. Alito Jr. mit 58 gegen 42 Stimmen bestätigt (vgl. CR 11-12/2005, S. 8).

In der parteilpolitisch scharf polarisierten Abstimmung schlossen sich vier Demokraten der republikanischen Mehrheit an, während ein republikanischer Senator mit der demokratischen Opposition gegen die Ernennung votierte.

Die demokratischen Senatoren Byrd (W.Va.), Conrad (N.D.), Johnson (S.D.) und Nelson (Neb.) begründeten ihre Zustimmung mit der persönlichen Qualifikation des Kandidaten und würdigten dessen konservative Haltung. Der republikanische Senator Chafee (R.I.) erklärte dagegen, dass er als Verfechter des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch und des Schutzes individueller Freiheitsrechte der Ernennung Alitos nicht zustimmen könne.

Zuvor war im Senat der Versuch eines von den demokratischen Senatoren John Kerry (Mass.) und Edward Kennedy (Mass.) initiierten *Filibuster* (die Verweigerung einer Abstimmung durch Fortsetzung der Debatte) mit klarer Mehrheit gescheitert. Für ein Ende der Debatte stimmten 72 Senatoren, darunter 19 Demokraten, dagegen sprachen sich nur 25 Senatoren aus.

Die gerade im Vergleich zu der überaus erfolgreichen Nominierung von John G. Roberts zum Vorsitzenden des *Supreme Court* (vgl. CR 10/2005, S. 2) kontroverse Debatte und vergleichsweise knappe Entscheidung über Alitos Nominierung spiegelt tief sitzende Vorbehalte auf der Seite der Demokraten wider.

In den Senatsanhörungen zu Alitos Nominierung wurde der Kandidat mit Rücksicht auf die aktuelle Kritik an den geheimen Ermittlungspraktiken der Regierung im Zuge der Terrorbekämpfung insbesondere zu seinen Einschätzungen der Rechte der Exekutive gegenüber der Legislative und Judikative scharf befragt.

Während sich Alito weitgehend bedeckt hielt, bemängelte die Opposition eine aus seinen früheren Publikationen und Entscheidungen ersichtliche Tendenz, der Administration erhebliche Freiräume zuzugestehen. Demgegenüber gerieten Vorhaltungen zu Alitos ablehnender Haltung zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch weitgehend in den Hintergrund.

Der halbherzige Versuch eines *Filibuster* der Demokraten reflektiert vor diesem Hintergrund das tiefe Unbehagen der Opposition, der es dennoch nicht gelungen ist, eine Mehrheit der Öffentlichkeit gegen die Ernennung zu mobilisieren.

Für Bush ist der Abstimmungssieg nach der blamablen Rücknahme der Nominierung von Harriet Miers (CR 11-12/2005, S. 8) ein wichtiger Erfolg, der allerdings auf die Unterstützung durch den konservativen Flügel seiner Partei begrenzt bleibt.

2. Sanktionen im Atomstreit mit dem Iran verlangt

Im Atomstreit mit dem Iran, mit dem nun der VN-Sicherheitsrat befasst werden soll, werden auch im Congress die Töne konfrontativer. Nachdem die Regierung in Teheran offensichtlich auf die Urananreicherung mit dem Ziel eines vollständigen Brennstoffkreislaufs nicht verzichten will und neben der IAEO auch die Regierungen Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs ein Scheitern der bisherigen diplomatischen Bemühungen konstatiert haben, verlangen sowohl Republikaner als auch Demokraten Sanktionsmaßnahmen.

Die Senatoren Norm Coleman (R-Minn.) und Charles Schumer (D-N.Y.) haben in diesem Zusammenhang eine Resolution eingebracht, die das iranische Urananreicherungsprogramm scharf verurteilt, ein Stopp sämtlicher diesbezüglicher Aktivitäten verlangt und die Einschaltung des VN-Sicherheitsrats unterstützt.

Senator Jon Kyl (R-Ariz.) ging in seinen Überlegungen noch einen Schritt weiter und machte sich öffentlich Gedanken über einen Regimewechsel im Iran. „Die gegenwärtige iranische Regierung“, bezeichnete der Republikaner als ein „korruptes und gefährliches Regime, das sich nicht im Einklang mit seinen Bürgern befindet“. Kyls Senatskollege John Cornyn möchte zwar der Diplomatie weiterhin eine Chance einräumen, hält es aber für erforderlich „sämtliche Optionen, einschließlich militärischer Gewaltanwendung“ durchzuspielen. Auch John McCain (R-Ariz.) nahm den Gedanken militärischer Optionen in seine Überlegungen zum Thema auf. „Es gibt nur eine Sache, die schlechter ist als die Anwendung militärischer Gewalt, und das ist der Iran im Besitz von Atomwaffen“, so McCain.

Senator Evan Bayh (D-Ind.) warf dem Präsidenten vor, dass er zu wenig gegen das iranische Nuklearprogramm unternommen habe und verlangte zügige politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen das Land.

Geschürt wird der zunehmend konfrontative Ton im Congress durch Spekulationen darüber, wann sich der Iran über ein Brennstoffkreislaufprogramm in den Besitz nuklearer Waffen bringen könnte. Während manche *worst case*-Szenarien davon ausgehen, dass die iranische Regierung binnen vier Jahren Atomwaffen bauen könnte, gehen die US-Nachrichtendienste von einem Zeitrahmen von fünf bis zehn Jahren aus.

Präsident Bush hat es in seiner *State of the Union* am 31. Januar 2006 vermieden, das Thema aufzugreifen und zu vertiefen, und seine Außenministerin Condoleezza Rice hat kurz zuvor unterstrichen, dass sie weiter eine diplomatische Lösung für den Umgang mit dem iranischen Nuklearprogramm sucht.

3. Debatte um Neufassung der Verhaltensrichtlinien für Mitglieder des Congress

Im Repräsentantenhaus und Senat haben führende Vertreter beider Parteien Mitte Januar 2005 Vorschläge zur Neufassung der Verhaltensrichtlinien für Mitglieder des Congress angekündigt.

Die überraschenden Initiativen von Demokraten wie Republikanern reagieren auf die in Folge einer Reihe von Korruptions- und Betrugsverfahren wachsende Kritik an gängigen Lobby-Praktiken wie kostspieligen Essenseinladungen oder Reisen, die vordergründig Informationszwecken dienen.

Im Zentrum der mitunter scharf geführten Diskussion um ethische Richtlinien für Mitglieder des Congress wie der Administration steht dabei das laufende Verfahren gegen den umstrittenen republikanischen Star-Lobbyisten Jack Abramoff, der mittlerweile für Viele zur Symbolfigur der *Culture of Corruption* in Washington geworden ist.

Abramoff hat Anfang Januar 2005 eine Übereinkunft mit den ermittelnden Bundesstaatsanwälten ausgehandelt, die ihm im Gegenzug für seine Kooperation Strafmilderung in Aussicht stellt. Abramoff, der sich vor allem als Vertreter von Glücksspielunternehmen einen zweifelhaften Namen gemacht hat, bekannte sich dabei des Betrugs, der Steuerhinterziehung und der Bestechung von Mitgliedern des Congress und deren Mitarbeitern für schuldig.

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens werden weitere Enthüllungen über rechtswidrige Beeinflussungsversuche von Mitgliedern des Congress erwartet. Nach den bisherigen Berichten soll insbesondere der republikanische Abgeordnete Bob Ney (Ohio) Abramoff tatkräftig unterstützt und dafür großzügige Spenden und andere Zuwendungen erhalten haben. Kaum weniger bedeutend sind belastende Informationen über einen ehemaligen Mitarbeiter des früheren *Majority Leader* Tom DeLay (R-Tx.) (siehe Punkt 4), der eine größere Geldsumme für seine Hilfestellungen erhalten haben soll.

Abramoff und seine Geschäftspartner haben in den vergangenen Jahren mehr als 1 Mio. USD an Wahlkampfspenden an Dutzende von Politikern weitergereicht, darunter auch Demokraten. Der Imageschaden für den Congress ist beträchtlich.

Im Repräsentantenhaus hat sich *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.) persönlich für eine Reform des Verhaltenskodex der Parlamentarier eingesetzt und eine schnelle Beratung und Entscheidung noch im Februar 2006 in Aussicht gestellt.

Ziel der republikanischen Reformvorschläge ist in erster Linie eine Begrenzung der Geschenke und Essenseinladungen für Mitglieder des Congress sowie ein Verbot privat finanzierter Reisen, selbst wenn diese offiziell der Information und Unterrichtung dienen. Zudem sollen die Sperrfristen für jene Mitglieder und Mitarbeiter des Congress, die nach ihrem Ausscheiden als Lobbyisten tätig werden wollen, von ein auf zwei Jahre ausgedehnt werden.

Im Senat haben die republikanischen Senatoren Rick Santorum (Pa.) und John McCain (Ariz.) für ihre Partei die Federführung in der Ausarbeitung einer ähnlichen Reformvorlage übernommen. Sie soll sich in wesentlichen Teilen mit der des Repräsentantenhauses decken.

Für die demokratischen Fraktionsführungen um Nancy Pelosi (Cal.) und Harry Reid (Nev.) gehen die republikanischen Initiativen allerdings nicht weit genug. Sie fordern unter anderem ein vollständiges Verbot von Geschenken und Einladungen sowie die Unterzeichnung von Prüfberichten durch die involvierten Lobbyisten in Analogie zu der kürzlich eingeführten persönlichen Haftung von Unternehmensvorständen für die von ihnen vorgelegten Geschäftsberichte.

Kritiker weisen jedoch darauf hin, dass die Reformdebatte die Wahlkampffinanzierung völlig unberührt lässt und damit bestenfalls am Rande Verbesserungen der gängigen Praktiken bewirken kann. Angesichts der näher rückenden Wahlen zum Congress im November nimmt der politische Druck in der Frage der Korruptionsbekämpfung allerdings zu.

4. Tom DeLay verzichtet auf Rückkehr in die Fraktionsführung

Der frühere Vorsitzende der republikanischen Repräsentantenhausfraktion, Tom DeLay (Tx.) hat Anfang Januar 2006 seinen Verzicht auf die angestrebte Rückkehr an die Fraktionsspitze erklärt.

DeLay hatte Ende September 2005 sein Amt als *Majority Leader* vorläufig ruhen lassen, nachdem gegen ihn in Texas Anklage wegen der Mitwirkung an rechtswidrigen Wahlkampffinanzierungspraktiken erhoben worden ist (vgl. CR 9/2005, S. 1).

Nach der Ablehnung eines Antrags auf ein beschleunigtes Verfahren, das bei einem Freispruch die Option auf eine Wiederaufnahme der Fraktionsführung eröffnet hätte, gab die DeLay unter dem wachsenden Druck schließlich auf.

In einem offenen Brief an seine Fraktionskollegen begründete der vormalige *Majority Leader*, der an seiner Unschuld festhält, seinen Schritt damit, dass er eine Belastung der Partei durch die Kampagne der Opposition gegen seine Person vermeiden wolle.

Nicht unwesentlich zu DeLays Entscheidung könnte eine Vereinbarung zwischen der Bundesstaatsanwaltschaft und dem Lobbyisten Jack Abramoff beigetragen haben, die Abramoff Strafmilderung in dem gegen ihn laufenden Betrugs- und Korruptionsverfahren im Gegenzug für seine uneingeschränkte Kooperation mit den Ermittlungsbehörden einräumt.

Die intensive Zusammenarbeit und persönliche Freundschaft zwischen DeLay und Abramoff (vgl. CR 4/2005, S. 8) hatte bereits Ende 2005 sichtliches Unbehagen unter den republikanischen Abgeordneten hervorgerufen. Ungeachtet der Stichhaltigkeit der konkreten Vorwürfe und möglicher neuer Erkenntnisse hat eine zunehmende Zahl von Fraktionsmitgliedern die Verbindungen als problematisch gesehen und mit Blick auf öffentliche Reaktionen einen endgültigen Rückzug DeLays gefordert.

Die Entscheidung des einflussreichen texanischen Abgeordneten, der in der Fraktion auch „The Hammer“ genannt wurde, hat die Fraktion erheblich verunsichert und einen Kampf um die Nachfolge ausgelöst.

Aussichtsreichster Kandidat für die für Anfang Februar 2006 angesetzte Abstimmung um die Neubesetzung der Führungsposition ist der bisherige Fraktionsgeschäftsführer, Majority Whip Roy Blunt (Missouri), der die Führung bereits im vergangenen Jahr kommissarisch übernommen hatte.

Als sein schärfster Konkurrent gilt John A. Boehner (Ohio), der unter dem früheren *Speaker* Newton Gingrich (Ga.) bereits der Fraktionsführung angehört hatte. Der Kandidatur von John Shadegg (Ariz.), dem Vorsitzenden des *Policy Committee* der Partei im Repräsentantenhaus, werden dagegen geringe Chancen eingeräumt.

Während sich Blunt, ein enger Vertrauter DeLays, als Garant der Kontinuität präsentiert, setzen Boehner und Shadegg auf eine Strategie, die einen klaren personellen Wechsel verspricht.

Politische und inhaltliche Differenzen zwischen den Kandidaten spielen im Vergleich zu Fragen des Führungs- und Präsentationsstils jedoch kaum eine Rolle. Ungeachtet des Ausgangs der Abstimmung ist wohl kaum eine Korrektur des politischen Kurses der Fraktion zu erwarten, sondern vielmehr ein zurückhaltenderer, weniger kantiger Führungsstil.

5. Verlängerung des *Patriot Act* festgefahren

Im Senat ist die Verlängerung des nach dem 11. September 2001 vom Congress verfügtten Sicherheitsgesetzes *USA Patriot Act* (vgl. CR 10/2001, S. 1) nach wie vor festgefahren.

Neben den Demokraten haben sich auch vier Republikaner, nämlich Larry E. Craig (Idaho), Chuck Hagel (Nebraska), Lisa Murkowski (Alaska) und John E. Sununu (New Hampshire) gegen die Vorlage des Vermittlungsausschusses zur Novellierung des Sicherheitsgesetzes ausgesprochen (vgl. CR 11-12/2005, S. 1).

Während das Repräsentantenhaus unter Führung von F. James Sensenbrenner (R-Wis.), dem Vorsitzenden des *House Judiciary Committee*, jede Neuverhandlung des

Ergebnisses des Vermittlungsausschusses kategorisch ablehnt, besteht Senator Sununu auf einem stärkeren Schutz von Bürgerrechten und hat dazu Verhandlungen mit dem Weißen Haus und dem Justizministerium aufgenommen.

Majority Leader Bill Frist hat signalisiert, dass er bereit ist, das Sicherheitsgesetz ein weiteres Mal kurzzeitig zu verlängern, wenn bis zum 3. Februar 2006 keine Einigung mit Sununu, Murkowski, Hagel und Craig sowie der demokratischen Minderheitsfraktion erzielt werden kann. Zwischenzeitlich haben sich Repräsentantenhaus und Senat darauf geeinigt, den *USA Patriot Act* kurzfristig bis zum 10. März 2006 fortzuschreiben.

6. Senatoren unterstreichen erneut Folterverbot

Im Senat haben die Republikaner John Warner (Va.) und John McCain (Ariz.) Präsident Bush am 4. Januar 2006 dazu aufgefordert, das vom Congress im Rahmen der Verabschiedung des Verteidigungsbewilligungsgesetzes 2006 verabschiedete Folterverbot strikt einzuhalten (vgl. CR 12/2005, S. 2).

Es war gegen den erklärten Widerstand der Administration beschlossen worden - und verbietet die grausame, unmenschliche oder herabwürdigende Behandlung von so genannten „enemy combatants“ in US-Militäreinrichtungen. Der Congress reagierte damit auf den Folterskandal von Abu Graib (vgl. CR 5/2004, S. 1) ebenso wie auf die Kritik am Gefangenenlager Guantanamo Bay (vgl. CR 6/2005, S. 1).

Senator McCain, der Initiator der Verbotsklausel, und Senator Warner, der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, betonten, dass der Congress jede von der Administration ins Auge gefasste Ausnahmeregelung (*presidential waiver*) kategorisch ablehnt. „Unser Ausschuss“, so die beiden einflussreichen Republikaner unmissverständlich, „beabsichtigt die Ausführung des neuen Gesetzes durch die Administration strikt zu überwachen.“

Präsident Bush hatte im Zuge der Beratungen des Congress zum Folterverbot öffentlich erklärt, dass „die USA nicht foltern“. Gleichzeitig hatte er aber lange an seiner Vetodrohung gegen den McCain-Zusatz zum Verteidigungsbewilligungsgesetz 2006 festgehalten. Schließlich hatte Bush eingelenkt und das Verteidigungsbewilligungsgesetz 2006 („Defense Appropriations“) am 30. Dezember 2005 mit seiner Unterschrift versehen (*Public Law* 109-148).

Allerdings hatte Bush hinzugefügt, dass er dies im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Rechte als Oberkommandierender der Streitkräfte („consistent with the consitutional authority of the president ... as commander in chief“) getan habe. Hinter dieser auf Artikel II, Abschnitt 2 der Verfassung abzielenden Formulierung steht der implizite Anspruch US-amerikanischer Präsidenten auf „exklusive“ verfassungsrechtliche Befugnisse im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.

Präsident Bush hatte darüber hinaus erklärt, dass seine Unterschrift unter das Gesetz im Kontext des Schutzes des amerikanischen Volks vor „further terrorist attacks“ zu sehen ist. Der Subtext war kaum zu übersehen. Aus Sicht der Exekutive sollten Belange der nationalen Sicherheit ein Aussetzen der Verbotsbestimmung erlauben.

Dem damit im Raum stehenden Gedanken eines „presidential waiver“ widersprachen McCain und Warner nachdrücklich. Die Republikaner machten deutlich, dass der Kongress in der Folterproblematik bereit ist, dem Präsidenten Paroli zu bieten.

Vorbei scheinen jene Zeiten, in denen sich die Republikaner im Senat nach den Ereignissen des 11. September 2001 mit Verweis auf die nationale Sicherheit ohne Wenn und Aber hinter den Präsidenten und dessen exklusiven Führungsanspruch in der Formulierung der Außen- und Sicherheitspolitik stellten.

7. Bilanz der 1. Sitzungsperiode des 109. Congress: Scharfe parteipolitische Polarisierung

Die 1. Sitzungsperiode des 109. Congress stand im Zeichen der scharfen parteipolitischen Abgrenzung von Demokraten und Republikanern, die vor allem im Repräsentantenhaus einer programmatischen Polarisierung nicht aus dem Weg gingen.

Nach statistischen Untersuchungen des *Congressional Quarterly* (CQ) stimmten die Demokraten im Repräsentantenhaus in 88 Prozent der erfassten Abstimmungen mit der Mehrheit ihrer Partei gegen die Mehrheit der Republikaner. Dies ist der statistisch höchste *Average Party Unity Score* (APUS) für die Demokraten im Repräsentantenhaus, der jemals von CQ errechnet wurde. Die Republikaner wiederum stimmten im Jahr 2005 in 90 Prozent der Abstimmungen mit der Mehrheit ihrer Partei gegen die Mehrheit der Demokraten. Nur in den Jahren 1995, 2001 und 2003 war der APUS der Republikaner im Repräsentantenhaus mit 91 Prozent noch größer.

Das statistisch auffällig große Bemühen der Demokraten um Geschlossenheit ist mit zwei Faktoren in Verbindung zu bringen. Zum einen hat die Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus erkannt, dass sie ihr parteipolitisches Profil mit Blick auf die Zwischenwahlen 2006 schärfen muss, wenn sie für die Wähler eine programmatische Alternative zu den Republikanern darstellen will. Zum anderen ist es *Minority Leader* Nancy Pelosi (California) gelungen, die Fraktion zu disziplinieren und ihr ein gemeinsames programmatisches Profil zu vermitteln. Viele Demokraten im Repräsentantenhaus schreiben den hohen *Party Unity Score* deshalb auch der überzeugenden Führungsrolle von Pelosi zu.

Umgekehrt hat auch die republikanische Führung im Repräsentantenhaus realisiert, dass die erste Sitzungsperiode des 109. Congress als „Vorboten einer harten Wahlkampfzeit“ zu sehen ist, wie Todd Akin (Missouri) es auf den Punkt brachte, zumal

die Zustimmung zur Politik des Präsidenten in der Wahrnehmung der amerikanischen Öffentlichkeit unter 50 Prozent gefallen ist. Gleichwohl versuchte die Fraktion mit ihrem Abstimmungsverhalten zu unterstreichen, dass sie sich in den meisten programmatischen Fragen nach wie vor untereinander (und mit dem Präsidenten) einig ist.

Im Senat war die parteipolitische Polarisierung ebenfalls ausgeprägt. Hier stimmten die Republikaner in 88 Prozent der von CQ erfassten Abstimmungen mit der Mehrheit ihrer Partei gegen die Demokraten. Zum Vergleich: Im Jahr 2004 hatte dieser Wert noch bei 90 Prozent und im Jahr 2003 sogar bei 94 Prozent gelegen. Umgekehrt votierten die Demokraten 2005 in 88 Prozent der erfassten Abstimmungen entlang der Fraktionsposition gegen eine Mehrheit der Republikaner. Im Vorjahr hatte der APUS der Demokraten im Senat 83 Prozent betragen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik griffen die Demokraten den Präsidenten vor dem Hintergrund seines ungebrochenen missionarischen Realismus scharf an. Das wurde zunächst am monatelangen Tauziehen um die Nominierung von John Bolton für das Amt des amerikanischen VN-Botschafters deutlich (vgl. CR 6/2005, S. 7; CR 5/2005, S. 3; CR 4/2005, S. 1), wobei auch gemäßigt konservative Republikaner wie George Voinovich (Ohio) aus ihrer Kritik der außenpolitischen Grundorientierung Boltons keinen Hehl machten. Präsident Bush sah sich auf Grund des Widerstands schließlich gezwungen, Bolton im Wege eines *Recess Appointment* den Weg in das Amt des VN-Botschafters zu ebnen und den Senat damit faktisch zu umgehen (vgl. CR 7-8/2005, S. 11).

Scharfe Kritik gab es auch an der Irakpolitik Bushs, für die der Congress bisher mehr als 350 Mrd. USD zur Verfügung gestellt hat, ohne dass ein Ende der US-Besatzung absehbar wäre. Entsprechend wurde der Präsident nach zwischenzeitlich mehr als 2.200 gefallenen US-Soldaten dazu aufgefordert, einen Fahrplan für den Abzug der US-Truppen aus dem Irak zu entwickeln und dem Congress regelmäßig über den Fortgang der Irakpolitik Bericht zu erstatten (vgl. CR 11-12/2005, S. 4). Bezeichnenderweise sprachen sich nicht nur die Demokraten, sondern auch viele Republikaner für eine entsprechende *sense of the Senate*-Resolution aus.

Wachsende überparteiliche Kritik gab es auch am Umgang mit den so genannten *enemy combatants* in (zum Teil geheim) unterhaltenen Gefangenenlagern, die von der Administration nach dem 11. September mit Verweis auf den „war on terrorism“ eingerichtet worden waren (vgl. CR 11-12/2005, S. 3). Hier kam es zum offenen Kräfte-messen zwischen dem Weißen Haus und dem Congress, wo insbesondere der republikanische Senator John McCain (Arizona) nicht müde wurde, klare Regeln im Umgang mit Kriegsgefangenen von der Administration einzufordern. Politisch verknüpft war mit dieser überparteilich getragenen Initiative die Sorge vor einem rapiden, weltweiten Ansehensverlust der USA nach den Folderskandalen von *Abu Graib*, den Exzessen im Gefangenenlager *Guantanamo* und dem Bekanntwerden geheimer CIA-Gefängnisse in Osteuropa.

Ungeachtet des von Präsident Bush nach seinem klaren Wahlsieg 2004 reklamierten Reformmandats schränkten die scharfen Auseinandersetzungen um die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Folgen der Sturmkatastrophe *Katrina* (vgl. CR 9/2005, S. 1) die Gestaltungsmöglichkeiten der Administration und der republikanischen Mehrheiten erheblich ein.

Entsprechend widersprüchlich endete die 1. Sitzungsperiode des 109. Congress auch in der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtspolitik. Angesichts der sinkenden Umfragewerte des Präsidenten und der geringen Popularität zentraler Reforminitiativen fühlte sich die demokratische Opposition zu einem harten Ablehnungskurs ermutigt.

Bemerkenswert ist zunächst, dass die Republikaner in der Steuerpolitik nicht an die Erfolge der vergangenen Jahre anknüpfen konnten. Obwohl Repräsentantenhaus und Senat die Serie der Verlängerungen einzelner Steuererleichterungen fortsetzten, blieb Ende 2005 eine Einigung auf eine gemeinsame Gesetzesvorlage aus (CR 11-12/2005, S. 2).

Den schrumpfenden fiskalischen Spielräumen vor dem Hintergrund der erheblichen Ausgabenbelastungen im Irak sowie der Kosten für die Beseitigung der Flutschäden fielen auch die Pläne für eine groß angelegte Strukturreform des Steuersystems zum Opfer. Vorschläge zu einer radikalen Vereinfachung des Steuersystems, die unter anderem die Streichung zahlreicher populärer Abschreibungsoptionen erforderlich machen, wurden von der Administration in Anbetracht der schwierigen innenpolitischen Situation ohne Umstand vertagt.

Noch gravierender war der Misserfolg für den Präsidenten und die Republikaner im Congress mit Blick auf die mit erheblichem Aufwand und Personaleinsatz betriebene Reform des Rentensystems des Bundes (*Old Age, Survivors and Disability Insurance/OASDI*). Hier fiel das öffentliche Echo auf die Vorschläge zur Einführung individueller Rentenkonten (*Personal Retirement Accounts*) negativ aus, obwohl sich die Administration um Zugeständnisse an die Demokraten bemühte (vgl. CR 2/2005, S. 1).

Selbst die von republikanischen Mitgliedern im Congress im Sommer 2005 formulierten Minimal-Schritte zu einer Reform (vgl. CR 6/2005, S. 6) erwiesen sich als nicht mehrheitsfähig und wurden schnell fallen gelassen. Für andere sozial- und gesundheitspolitische Initiativen verblieben keine Zeit und Energie.

Die wenigen beachtenswerten Erfolge erzielten die Republikaner in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Neben den seit langem angestrebten Reformen des Insolvenzrechts für Privathaushalte und des Produkthaftungsrechts von Unternehmen (CR 2/2005, S. 2 und 6) konnten vor allem die Verabschiedung eines Gesetzes zur Energiepolitik und zum Ausbau des Verkehrswegesystems (CR 7-8/2005, S. 2 und 4) von den Republikanern als Erfolg verbucht werden.

Wenngleich die Administration in Fragen der inneren Sicherheit aus einer merklich stärkeren Position heraus agierte, konnte sie auch in diesem Bereich nur wenige Fort-

schritte machen. Insbesondere der Streit um die Verlängerung des Sicherheitsgesetzes USA Patriot Act, der bis in die Reihen konservativer Republikaner reicht, verhinderte Ende 2005 eine Einigung über die erforderliche Novellierung (vgl. CR 11-12/2005, S. 1).

8. Zwang zur parteipolitischen Profilierung: Ausblick auf die 2. Sitzungsperiode

In der zweiten Sitzungsperiode des 109. Congress dürfte sich die parteipolitische Profilierung und Polarisierung (vgl. auch Punkt 7) mit jedem Monat, den die Zwischenwahlen im November 2006 näher rücken, verstärken.

Die Demokraten hoffen nach dem Korruptionsskandal, der den Congress in den letzten Wochen erschüttert hat und vor allem mit den Republikanern im Repräsentantenhaus in Verbindung gebracht wird, politische Terraingewinne zu erzielen (vgl. Punkt 3 und 4). Manche sprechen sogar schon von der Ablösung der republikanischen Mehrheit, die das Repräsentantenhaus seit 1995 dominiert.

In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen die Demokraten dabei vor dem Dilemma, dass sie die Politik des Präsidenten einerseits scharf angreifen müssen, andererseits aber auch nicht opportunistisch erscheinen dürfen, um von den Republikanern nicht als unpatriotisch gebrandmarkt zu werden.

Die Irakpolitik des Präsidenten bietet große Projektionsflächen für eine parteipolitische Auseinandersetzung, da gut zweieinhalb Jahre nach dem Ende der offiziellen Kampfhandlungen immer noch keine tief greifende Stabilisierung des Landes erreicht ist. John P. Murtha (D-Penn.), *Ranking Minority Member* des Bewilligungsausschusses und hochdekorierter Vietnam-Veteran, hat in diesem Zusammenhang im November 2005 einen viel beachteten Vorstoß unternommen und sich öffentlich für einen Abzug der US-Truppen aus dem Irak ausgesprochen. Diese Position knüpft an die wachsende Unzufriedenheit der amerikanischen Öffentlichkeit mit der Irakpolitik Bushs an, die zwischenzeitlich mehrheitlich Zweifel an Bushs Kurs hat. Auch für die Republikaner stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob sie dem Kurs ihres Präsidenten noch vorbehaltlos Gefolgschaft leisten sollen.

Die näher rückenden Zwischenwahlen führen auch in der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik zu dem Dilemma, dass die Parteien zwar versuchen müssen, sich mit Vorschlägen zu drängenden Problemen zu profilieren, gleichzeitig aber auch die Neigung zur wechselseitigen Abgrenzung drastisch zunimmt, während die Bereitschaft zu substantziellen Kompromissen auf beiden Seiten zwangsläufig schwindet.

Höchste Priorität hat für die Republikaner im Wahljahr die Verlängerung oder gegebenenfalls auch die dauerhafte Festschreibung der in den zurückliegenden Sitzungsperioden beschlossenen Steuersenkungen, die in Kürze auslaufen oder bereits Ende 2005 ausgelaufen sind. In erster Linie betrifft dies die Anpassung der Mindestbesteuerung

(*Alternative Minimum Tax/AMT*), die Besteuerung von Gewinnen aus Kapitalanlagen (*Capital Gains Tax*) wie die Erbschaftsteuer (vgl. CR 11-12/2005, S. 7).

Bemerkenswert ist dabei, dass Präsident Bush in seiner *State of the Union* zwar die Festschreibung der Steuererleichterungen, nicht aber frühere Vorschläge zu einer Strukturreform des Steuersystems aufgegriffen hat.

Drängender noch ist die Wiederaufnahme von Beratungen zu Reformen der Renten- und Krankenversicherungsprogramme des Bundes (OASDI, Medicare, Medicaid), deren Kosten angesichts der wachsenden Zahl von Rentnern dramatisch zu wachsen drohen. Bush hat eine neue Kommission zur Überarbeitung der Programme vorgeschlagen, der Mitglieder beider Parteien angehören sollen. Ob eine solche Kommission unter den Vorzeichen der November-Wahlen konstruktive Vorschläge erarbeiten kann, bleibt jedoch mehr als fraglich.

Vor hohen Hürden steht auch der Ausbau so genannter Health Savings Accounts (HSA). Diese individuellen Sparkonten für Gesundheitsaufwendungen, die mit Versicherungen für kostspielige Notfallsituationen (*catastrophic insurance*) gekoppelt sind, sollen wie normale Krankenversicherungen steuerlich subventioniert werden. Die Demokraten begegnen HSA allerdings mit ähnlichen Vorbehalten wie den zuvor vorgeschlagen individuellen Rentensparkonten (*Personal Retirement Accounts*).

Schwierige Verhandlungen dürfte es auch im Bereich der Einwanderungspolitik geben. Während die bevorstehenden Wahlen den politischen Druck verstärken, ist eine Kompromisslinie, die Wirtschaftsinteressen an einer Legalisierung von Arbeitsmigration koppelt und Forderungen nach einer Einschränkung der wachsenden Zahl illegaler Einwanderer aufgreift, bisher noch nicht abzusehen.

Ähnlich kompliziert ist die Novellierung des zumindest in Teilen heftig umstrittenen Sicherheitsgesetzes USA Patriot Act, das im Dezember 2005 ausgelaufen und vom Congress nur kurzfristig verlängert worden ist (vgl. CR 11-12/2005, S. 1). Das Tarieren des Schutzes bürgerlicher Grundrechte und effektiver Ermittlungen der Geheimdienste fordert von beiden Seiten Zugeständnisse (vgl. auch Punkt 5).

Auf eine überwiegend positive Resonanz dürften Präsident Bushs Forderungen nach einem massiven Ausbau der Forschungs- und Technologie-Förderung stoßen, die sich insbesondere auf die Verminderung der Abhängigkeit der USA von Ölimporten konzentrieren.

Die beschleunigte Erschließung alternativer Energiequellen und Hybrid-Technologien für Kraftfahrzeuge beispielsweise werden im gegenwärtigen Umfeld hoher Energiekosten kaum auf direkten Widerstand stoßen. Offen ist aber, wie sich die lange Liste neuer Ausgabenprogramme mit wachsenden Defiziten und weiteren Steuersenkungen vereinbaren lassen.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report